

## **Kritik am Gender Mainstreaming**

von Andrea Löther

(erschieden im CEWS-Newsletter Nr. 5 als Nachträge zum Newsletter Nr. 4)

### **Schwerpunktthema Gender Mainstreaming im Forum Wissenschaft 2001/2**

Alles Gute kommt von oben? Mit dieser Frage stellt die Zeitschrift "Forum Wissenschaft" in ihrer Aprilnummer Gender Mainstreaming zur Diskussion. Die Beiträge zeigen wichtige Kritikpunkte an dem Ansatz auf, und die Thesen der für den Bereich Wissenschaft und Forschung relevanten Artikel sollen deshalb im Nachtrag zum letzten CEWS-Newsletter zusammengefaßt werden:

#### **Heike Weinbach, Über die Kunst, Begriffe zu fluten. Die Karriere des Konzepts "Gender Mainstreaming"**

Die Frauenbeauftragte der Alice-Salomon-Fachhochschule in Berlin benennt es zwar als Erfolg der Frauenbewegungen, dass mit dem Gender Mainstreaming Gleichstellungspolitik zur offiziellen Leitlinie europäischer und internationaler Politik entwickelt wurde, sieht jedoch im Gender Mainstreaming insgesamt eine "modernisierte Gleichstellungspolitik in Form einer modernisierten Hierarchiepolitik". Ihre Kritikpunkte sind:

- In der Präsentation des Ansatzes werden die Geschichte der Frauenbewegungen und die Beiträge feministischer Wissenschaftlerinnen ausgeblendet. Auch die Heterogenität der Frauenbewegung geht verloren.
- Die "Vielfalt an Interessengegensätzen und Auseinandersetzungsprozessen in hierarchisch strukturierten Gesellschaften" wird nicht beachtet.
- Der in der feministischen Diskussion der 90er Jahre umstrittene Gender-Begriff wird willkürlich festgelegt, vereinheitlichend besetzt und auf eine Politikform reduziert. Die Debatte, Geschlechterrollen als dekonstruierbar anzusehen, ist im Rahmen des Gender Mainstreaming nicht politikfähig. So werden von der EU keine Projekte

aufgeführt, die mit Geschlechterrollen "spielen", also beispielsweise die Rekrutierung von Männern für die häusliche Pflege fördern.

- Die Einschätzung über den unzureichenden Erfolg bisheriger Frauen- und Gleichstellungspolitik erfolgt ohne eine Analyse, wo und wodurch diese Politik erfolgreich war und wo sie aus welchen Gründen versagte.
- Die auf EU-Ebene dargestellten best-practice-Beispiele für die Umsetzung zerfallen bei näherem Hinsehen in interessen geleitete Einzelmaßnahmen ohne eine langfristige Zielsetzung. Das vorrangige Ziel "Erhöhung des Frauenanteils" nützt vor allem privilegierten Frauen.

Dem Widerspruch, dass sich mit dem Gender Mainstreaming die "patriarchalen Hauptakteure (...) nun selbst zum Hauptakteur ihrer Abschaffung ausrufen", sollen Frauen, so Weinbach, "mit der Forderung nach und der Praxis von Demokratieprozessen" begegnen.

### **Pia Gries, Ruth Holm, Bettina Störtzer, Karriere eines feministischen Konzeptes? Der "Gender"-Begriff in der Diskussion**

Die Göttinger Sozialwissenschaftlerinnen zeichnen die feministische Diskussion um den Gender-Begriff nach. Die Unterscheidung von sex und gender in den 70er Jahren förderte die Denaturalisierung gesellschaftlicher Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, wurde jedoch in gleichheitstheoretischen und differenztheoretischen Ansätzen höchst unterschiedlich interpretiert. Mit der Kritik an der Unterscheidung von sex und gender, dem Ansatz, Geschlecht als Kontinuum anzusehen, und den Thesen von Judith Butler wurde versucht, das Dilemma von Gleichheit und Differenz zu überwinden.

Diese Theoriegeschichte des gender-Begriffs taucht im Gender Mainstreaming nicht auf. In der Propagierung des Ansatzes fehlt die Reflexion über die "jeweiligen politisch-ideologischen Möglichkeiten, die ein bestimmter Geschlechterbegriff sowohl eröffnet als auch verschließt".

## **Barbara Nohr, Total E-Quality, diversity und Gedöhns. Vom stillen Abgesang auf die Quote und dem glanzvollen Aufstieg der Humanressource Frau**

Barbara Nohr, Mitglied im Bundesvorstand des Bundes demokratischer WissenschaftlerInnen, stellt in ihrem Artikel die Diskussion um ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft und die Propagierung neuer Begriffe wie Gender Mainstreaming oder Chancengleichheit gegenüber. Ihre zentralen Thesen sind:

- Indem Chancengleichheit als Erfolgsfaktor für Unternehmen dargestellt wird, wird Frauenpolitik zu einem Unterpunkt von Wirtschaftspolitik und passfähig für ein neoliberales Gesellschaftskonzept gemacht.
- Die neuen Begriffe und Konzepte (Gender Mainstreaming, Total E-Quality, diversity) stellen das Primat der Ökonomie vor das Primat der gleichen Rechte, das bisherige Konzepte vertreten. Argumentiert wird heute mit der innovativen Kraft von Frauen und der speziellen Humanressource von Frauen für die Unternehmen. Rein ökonomisch ausgerichtete Maßnahmen sollten jedoch nicht mit Gleichstellungs- und Frauenpolitik verwechselt werden.
- Es besteht die Gefahr, dass trotz Propagierung Gender Mainstreaming noch nicht in allen Politikfeldern stattfindet, aber Gelder für Frauenförderung gestrichen werden.
- Gender Mainstreaming gibt lediglich ein Verfahren, nicht jedoch das Ziel oder die Richtung vor.
- Unter Chancengleichheit wird zunehmend bedingte Chancengleichheit als Zugang bei gleichen Fähigkeiten verstanden. Damit verschwindet eine Kritik an der Leistungsgesellschaft und dem Leistungsbegriff und es herrscht - entgegen den Ergebnissen wissenschaftlicher Untersuchungen - die Ideologie, Leistung setze sich durch.

## **Susanne Schunter-Kleemann, Doppelbödiges Konzept. Ursprung, Wirkungen und arbeitsmarktpolitische Folgen von "Gender Mainstreaming"**

Die Bremer Sozial- und Politikwissenschaftlerin und Expertin für Frauenpolitik in der EU sieht in der Übernahme des Gender Mainstreaming-Konzeptes von der EU vor allem eine Antwort

auf die zunehmende weibliche Skepsis gegenüber der Europäischen Einigung. Ihre Kritikpunkte am Gender Mainstreaming sind:

- Gender Mainstreaming geht auf das Konzept "Managing Diversity" und damit auf eine harmonistische, marktliberale Philosophie zurück, die keine Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit und keine verfestigten Verteilungsgerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern kennt.
- Gender Mainstreaming ist bisher nicht rechtlich einklagbar.
- Der Unterschied zur bisherigen Chancengleichheitspolitik ist nur schwer auszumachen.
- Gender Mainstreaming ist eine technokratische Perspektive auf die Geschlechterfrage.
- Es besteht die Gefahr, dass die bisherige Politik der systematischen Frauenförderung unterlaufen wird.
- Noch ungesichert ist, ob tatsächlich Finanzmittel neu- und umverteilt werden.
- Die neuen Argumente für betriebliche Gleichstellungspolitik (Kosten-, Kreativitäts- und Effizienzvorteile) überzeichnen die neuen Optionen und ignorieren soziale und kulturelle Regulierungsmuster.
- Insgesamt blendet Gender Mainstreaming Interessengegensätze und Machtasymmetrien aus.

Die größte Gefahr sieht Schunter-Kleemann darin, dass Gender Mainstreaming genutzt wird, um mit einer Verwaltungs- und Unternehmensmodernisierung bisherige Frauenstrukturen einzusparen. Notwendig für ein erfolgreiches Umsetzen wäre die Einbettung von Gender Mainstreaming in eine schlüssige, wohlfahrtsstaatliche Gesamtstrategie. Tatsächlich geht die europäische Arbeitsmarktpolitik aber vom Denkmodell des männlichen Normalarbeitnehmers aus. Statt eines unverbindlichen Gender Mainstreaming fordert Schunter-Kleemann deshalb eine stärkere Herangehensweise wie beispielsweise strikte Quoten.

## **Sandra Smykalla, Sandra Kotlenga, Ein neuer Aufbruch in der Gleichstellungspolitik. Querschnittspolitik zwischen Integration und Marginalisierung**

Das Konzept der niedersächsischen Landesregierung nehmen die Erziehungswissenschaftlerin und die Sozialwirtin zum Ausgangspunkt. Sie kritisieren:

- Die bisherige Frauen- und Gleichstellungspolitik, von der sich Gender Mainstreaming abgrenzt, wird stark vereinfachend gezeichnet.
- Gender Mainstreaming liefert zwar Instrumente zur Analyse, aber nicht zur Durchsetzung in politischen Entscheidungen (vgl. die fehlende Ausführung im niedersächsischen Konzept).
- In der Methodengläubigkeit des Konzeptes wird das konflikthafte Potenzial eines jeden Entscheidungsschrittes geglättet.
- In der Geschlechterpolitik geht es um Interessen und Machtstrukturen, nicht - wie Gender Mainstreaming suggeriert - nur um Informiertheit.
- Die sozialen AkteurInnen, die den Ansatz umsetzen sollen, sind Teil der vergeschlechtlich-hierarchischen Strukturen und Normierungspraktiken.
- Fragen nach den Ressourcen sind unterbelichtet, beispielsweise nach den finanziellen Aufwendungen für neue Analysen und Gender-Training, ohne dass diese zu Kürzungen bei bisherigen Maßnahmen führen.

Insgesamt folgern die Autorinnen, dass Gleichstellungspolitik ihrer Konflikthaltigkeit beraubt wird, wenn sie auf Gender Mainstreaming reduziert wird.

## **Christine Thürmer-Rohr, Gleiche unter Gleichen? Kritische Fragen zu Geschlechterdemokratie und Gender Mainstreaming**

Die Erziehungswissenschaftlerin der TU Berlin setzt sich in ihrem Beitrag vor allem kritisch mit dem Begriff Geschlechterdemokratie auseinander, wie er von der Heinrich-Böll-Stiftung vertreten wird. Ihre Kritikpunkte am Gender Mainstreaming sind:

- Gender Mainstreaming unterstellt, dass Frauenbelange, Geschlechtersicht oder geschlechtsspezifischer Ansatz eine definierbare Einheit seien.
- Mit dem Hineindrängen in den mainstream, "zur Fahrtrinne in der Flussmitte", geht intervenierendes und umkehrendes Denken des Feminismus verloren. Mainstream schafft Argumente gegen Randständige und Abweichungen.
- Am Begriff Geschlechterdemokratie kritisiert sie, dass er auf geschlechterspezifischen Identitätsbehauptungen basiere. Demokratie meine, dass BürgerInnen InhaberInnen von Interessen seien; sie beinhalte eine Verpflichtung zu Aushandlungsprozessen. Geschlecht sei aber kein Interesse und Demokratie darf nicht als Gleichgewicht von politischen Meinungen oder Identitätsgruppen verstanden werden.

Als Fazit sieht Thürmer-Rohr im Gender Mainstreaming eine nur vorläufige "Sprache der Macht", "um ökonomische, kulturelle und politische Produktionen von Ungleichheit und Ungerechtigkeit erkennen und beseitigen zu können."

### **Nora Fuhrmann, Michael Liegl, Wer weckt den Riesen? Gesellschaftliche Veränderungspotentiale von "Gender Mainstreaming"**

Fuhrmann und Liegl vertreten die These, dass Gender Mainstreaming den bürgerlichen Geschlechtervertrag transformieren kann. Zugunsten des Konzeptes führen sie an:

- Mit dem Gebot der Nicht-Diskriminierung im Amsterdamer Vertrag werden Begriffe wie Bürger, Demokratie und Chancengleichheit vergeschlechtlicht. Die Existenz von Diskriminierung wird anerkannt und damit wird ein wichtiges bisheriges Hindernis - die Annahme, die Geschlechter seien bereits gleichberechtigt - ausgeräumt.
- Gender Mainstreaming ist zwar keine Basis- oder Alltagspolitik, kann aber dazu beitragen, zentrale Anliegen der Frauenbewegung in die Institutionen zu tragen.
- Die Einbindung von Frauen in politische Entscheidungsprozesse birgt das Potenzial für eine umfassende Umverteilung von Macht.

- Wenn es konsequent angewandt wird, bietet Gender Mainstreaming die Chance einer Umverteilung zwischen den Geschlechtern und einer Enthierarchisierung,.
- Die supranationale Ebene, auf der Gleichstellung mit dem Gender Mainstreaming-Ansatz diskutiert wird, bringt verschiedene Geschlechterpolitiken in Kontakt und lässt Widersprüche, z.B. zwischen der Umsetzung in den skandinavischen Ländern und den Ländern mit hierarchiestabilisierender Geschlechterordnung, sichtbar werden.
- Indem die Geschlechterfrage Teil jedes Entscheidungs- und Verteilungsprozesses werden soll, ist die Legitimität der Forderung nach Ausgleich geschlechterspezifischer Unterschiede gestiegen.

Insgesamt erkennen die Autorin und der Autor an, dass Gender Mainstreaming keine systemüberwindende Reform ist, der Ansatz kann aber nach ihrer Meinung die gesellschaftliche Spaltung entlang der Linie Geschlecht aufheben.

Weitere Artikel hinterfragen Gender Mainstreaming aus der Sicht einer fraueneigenen Geschichtswissenschaft (Annette Kuhn), der Migrantinnenpolitik (Brigitte Young), der Queer Theory (Stefan Möbius) und der Entwicklungspolitik (Claudia von Braunmühl).

Einige Artikel sind online verfügbar, insbesondere der Beitrag von Heike Weinbach.

<http://www.bdwi.de/forum/forum.htm>